

# Asyl (Zahlen)

**Die Linke**

## Asyl (Zahlen)

Die **Zahl der Asylerstanträge** ist 2024 mit 229.751 gegenüber dem Vorjahr **um 30 Prozent gesunken**. Hauptherkunftsländer sind: Syrien, Afghanistan, Türkei. In der gesamten **EU** mit 450 Mio. Einwohner\*innen gab es etwa **1 Mio. Asylanträge** (ein Viertel davon sind Doppelzählungen). Das sind **0,2 Prozent der Bevölkerung** und steht Horrorszenarien einer angeblichen Bedrohung Europas entgegen. Gemessen an der Bevölkerungsgröße wurden in der EU in Zypern, Griechenland, Österreich und Island mehr als Asylanträge gestellt als in Deutschland. In ca. einem Drittel der Asylverfahren wird genauer geprüft, ob ein anderes Land nach der Dublin-Verordnung zuständig ist. In weniger als 10% dieser Verfahren kommt es am Ende zu einer Überstellung in den zuständigen EU-Staat, in neun von zehn Fällen sind nicht die Geflüchteten für das Scheitern der Überstellungen verantwortlich. Das Dublin-System ist ungerecht und funktioniert nicht. Die **Anerkennungsquoten** in Deutschland sind – entgegen manch anderer Darstellung – **sehr hoch**: Im Jahr 2024 wurden **59,3 Prozent** aller geprüften Asylanträge positiv beschieden (2023: 68,9%). Das ist die „bereinigte Schutzquote“, d.h. rein formelle Erledigungen werden nicht berücksichtigt, z.B. Dublin-Bescheide. Hinzu kommen viele nachträgliche **Korrekturen durch die Verwaltungsgerichte** und durch das BAMF: 2023 erhielten mehr als 20.000 zunächst abgelehnte Asylsuchende auf diese Weise doch noch einen Schutzstatus, etwa ein Viertel der von den Gerichten überprüften BAMF-Bescheide war rechtswidrig. Durchschnittlich dauert ein **Asylverfahren** in Deutschland **8,7 Monate** (2024), bei Ländern mit schlechten Anerkennungschancen sind es zwei bis drei Monate.

## Was sagen die anderen?

**SPD, Grüne und FDP** haben als Ampel („erfolgreich“) versucht, die Zahl der Asylanträge zu senken und die der Dublin-Überstellungen in andere EU-Länder zu steigern. Weitere Länder wurden trotz erheblicher (verfassungs-) rechtlicher Bedenken zu „sicheren Herkunftsstaaten“ erklärt (Moldau, Georgien).

**CDU/CSU** wollen Asylsuchende bereits an den deutschen Grenzen zurückweisen (das wäre eindeutig rechtswidrig). Es gebe angeblich (sehr) viele unbegründete Asylgesuche und Deutschland sei trotz zurückgehender Zahlen mit der Asylaufnahme überfordert.

Die **AfD** sieht Geflüchtete, die über „sichere Drittstaaten“ einreisen, grundsätzlich nicht als „Flüchtlinge“ an und fordert konsequente Zurückweisungen an der Grenze (lange vor der Union).

**BSW** hat AfD-Erzählungen weitgehend übernommen und z.T. Noch verschärft: Die Anerkennungsquote sei nur gering, Asylrecht werde massiv „missbraucht“. Wer über einen „sicheren Drittstaat“ einreise, solle weder ein Asylverfahren noch soziale Unterstützung erhalten.

## Unsere Gegenargumente

Die große Mehrheit der nach Deutschland Fliehenden ist schutzbedürftig. Auch bei Abgelehnten gibt es oft wichtige humanitäre Gründe gegen eine Abschiebung (z.B. Afghanistan). Weil die meisten Schutzsuchenden realistischerweise in Deutschland bleiben werden, muss der Grundsatz einer Integration von Beginn an gelten. Oft heißt es: Wer es einmal nach Deutschland schafft, könne unabhängig von der Schutzbedürftigkeit bleiben. Das stimmt nicht, bei Asylsuchenden mit schlechten Anerkennungschancen wird bereits nach 2-3 Monaten entschieden und die Ausreisepflicht wird in diesen Fällen meist durchgesetzt.

**GEAS**  
**Gemeinsames**  
**Europäisches**  
**Asylsystem**

**Die Linke**

## GEAS - Europäisches Asylsystem

Alle wichtigen Vorgaben zu Asylverfahren, etwa wer als Flüchtling anzuerkennen ist, werden auf EU-Ebene geregelt. Bislang mussten entsprechende EU-Richtlinien in nationale Gesetze umgesetzt werden. Durch die GEAS-Reform werden ab Juni 2026 vor allem direkt anwendbare EU-Verordnungen gelten.

Eine wesentliche Verschärfung durch GEAS sind „**Grenzverfahren**“. Diese sind noch **vor** der offiziellen Einreise an der Grenze durchzuführen, etwa wenn die Anerkennungschance unter 20 Prozent liegt. Auch Geflüchtete mit hohen Anerkennungschancen können ins Grenzverfahren kommen, z.B. wenn sie in einen „sicheren Drittstaat“ zurückgeschickt werden sollen, auch Familien mit Kindern. Mit den Grenzverfahren werden die menschenunwürdigen Verhältnisse in den Auffanglagern auf den griechischen Ägäis-Inseln („Hotspots“) in Gesetzesform gegossen. Unter Haftbedingungen sind keine fairen Asylprüfungen und ist kein effektiver Rechtsschutz möglich. Schutzsuchende sind keine Kriminellen und dürfen auch nicht so behandelt werden!

Das **Dublin-System** zur Klärung der Asylzuständigkeit bleibt nahezu unverändert. In der Praxis funktioniert es nicht, weil es die berechtigten Interessen der Schutzsuchenden nicht berücksichtigt und weil es wenige EU-Länder mit relevanten EU-Außengrenzen (Griechenland, Italien) einseitig belastet („Ersteinreiseprinzip“). Auf einen fairen und solidarischen Verteilmechanismus konnten bzw. wollten sich die EU-Staaten nicht einigen.

Das GEAS sieht **erweiterte Listen „sicherer“ Herkunfts- bzw. Drittstaaten** vor. Die Auslagerung von Asylverfahren in durchreiste Drittstaaten soll auch dann möglich sein, wenn diese die GFK nicht unterzeichnet haben. Als „sicher“ soll ein Land auch dann gelten können, wenn dies nur für Teile des Landes zutrifft und/oder „nur“ einzelne Gruppen verfolgt werden (z.B. queere Menschen). Das ist eine gefährliche Aufweichung des Grundrechts auf Asyl!

## Was sagen die anderen?

**SPD, Grüne und FDP** haben als Ampel trotz breiter Kritik der GEAS-Reform zugestimmt (Grüne im EP waren eher dagegen) und loben sich, dass es nach jahrelangen Verhandlungen zu einer Asyl-Einigung in der EU gekommen ist. Dabei hat die Einigung kaum etwas mit den hohen Versprechungen im Ampel-Koalitionsvertrag zur EU-Asylpolitik zu tun, im Gegenteil.

**CDU/CSU** wünschen sich noch strengere Regelungen und vor allem eine Auslagerung der Asylverfahren und Aufnahme in Drittstaaten, die Idee der Grenzverfahren kam von CSU-Innenminister Seehofer.

**AfD** will „Festung Europa“, in der Praxis finden Pushbacks (illegale Zurückweisungen von Flüchtlingen) an den EU-Außengrenzen längst statt.

**BSW** ist ebenfalls für eine Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten.

## Unsere Gegenargumente

Nicht die Geflüchteten, Fluchtursachen müssen bekämpft werden! Die Politik der Abschottung und Entrechtung von Menschen in Not zerstört die menschenrechtlichen und ethischen Grundlagen unserer Gesellschaft. Es ist eine Schande, dass die EU mit 450 Mio. Bewohner\*innen angesichts von einer Million Schutzsuchenden (0,2% der Bevölkerung) grundlegende Werte (Freiheit, Asylrecht, Schutz der Menschenwürde) aufzugeben bereit ist. Statt Geflüchtete einzusperrn und mit Gewalt hin- und herzuschieben, sollte es eine gerechte und faire Verteilung geben und auf eine schnelle Integration von Asylsuchenden gesetzt werden. „Aus den Augen, aus dem Sinn“, das darf nicht das Leitmotiv im Umgang mit Schutzsuchenden sein.

**Abschiebungen /  
Ausreisepflicht  
(Zahlen)**

**Die Linke**

## Abschiebungen / Ausreisepflicht

In Deutschland leben ca. **3,5 Mio. Geflüchtete**, etwa aus Syrien, Irak, Afghanistan (vier Prozent der Bevölkerung). Die meisten haben einen Schutzstatus erhalten, oft schon vor Jahren. 1,2 Mio. der Geflüchteten kamen seit 2022 aus der Ukraine und erhielten unkompliziert Schutz.

**Nur etwa sechs Prozent der Geflüchteten** (Mitte 2024: 227 000) sind formal **ausreisepflichtig**. **80 Prozent** von ihnen **haben eine Duldung** und sollen oder dürfen häufig gar nicht abgeschoben werden (weil sie in Arbeit oder Ausbildung sind, wegen schwerer Erkrankung, aus humanitären Gründen, Krieg im Herkunftsland usw.). Weniger als 10 Prozent der Geduldeten (16 000 Personen) wird vorgeworfen, dass sie ihre Abschiebung verhindern. Schon vor diesem Hintergrund sind die ausgrenzenden Abschiebungsdebatten unverantwortlich. Unsere Forderung lautet: **Bleiberecht statt Abschiebung!**

Die **Zahl der Abschiebungen steigt seit Jahren**, obwohl es weniger Ausreisepflichtige gibt. **2024** gab es etwa **20 000 Abschiebungen** (2023: 16 430). Zielstaaten sind vor allem Georgien und Nordmazedonien, auch EU-Staaten wie Österreich und Frankreich (im Rahmen des Dublin-Systems). **Es gibt mehr „freiwillige“ Ausreisen als Abschiebungen** (2023: 29 981 Ausreisen, 16 430 Abschiebungen), von einem „Abschiebungsdefizite“ kann also keine Rede sein. Viele dieser „freiwilligen“ Ausreisen sind aber nicht im Wortsinn „freiwillig“, sondern gezwungenermaßen, um der drohenden Abschiebung mit schwerwiegenden Folgen (Wiedereinreiseperrre, Festnahme) zu entgehen..

## Was sagen die anderen?

**SPD, Grüne und FDP** haben als Ampel die ohnehin strengen Abschiebungsregelungen weiter verschärft (z.B.: leichtere und längere Abschiebungshaft, mehr unangekündigte Abschiebungen). Scholz forderte Abschiebungen im „großen Stil“, der Anstieg um mehr als 20 Prozent wird von der SPD als „Erfolg“ gewertet. GRÜNE rechtfertigen Abschiebungen nicht Bleibeberechtigter.

**CDU/CSU** wollen noch strengere Regelungen, etwa einen (verfassungsrechtlich hoch problematischen und unionsrechtlich nicht vorgesehenen) zeitlich unbegrenzten Gewahrsam bis zur Ausreise für Straftäter/„Gefährder“. Angekündigt wird gar ein eigenes Abschiebungsgesetz, FRONTEX soll bei Abschiebungen aktiver werden.

Für die **AfD** kann es gar nicht genug Abschiebungen geben, sie fordert millionenfache „Remigration“, was offenkundig über eine Abschiebung Ausreisepflichtiger (227 000) weit hinausgeht! **BSW** fordert konsequente Abschiebungen (Ausreisepflichtiger).

## Unsere Gegenargumente

Es häufen sich Berichte über rücksichtslos durchgesetzte Abschiebungen (Familientrennungen, Kranke), die Folge des maßlosen Abschiebungsdiskurses und der Gesetzesverschärfungen sind. Alle anderen Parteien wirken hier wie Getriebene der AfD. Die Linke lehnt Abschiebungen ab und fordert einen humanitären und rechtsstaatlichen Umgang auch mit abgelehnten Geflüchteten sowie effektive Bleiberechtsregelungen.

Die permanenten Abschiebungsdebatten täuschen darüber hinweg, dass von den in Deutschland lebenden Geflüchteten nur ein sehr kleiner Teil ausreisepflichtig ist.

**Seenotrettung**

**Die Linke**

## Seenotrettung

Das Mittelmeer ist durch die Abschottungspolitik der EU zu einem Massengrab für Schutzsuchende geworden. Es ist ein Skandal, der viel zu häufig hingenommen wird, dass bereits zehntausende Menschen auf der Flucht im Mittelmeer ertrunken sind – weil es keine sicheren und legalen Fluchtwege in die EU gibt. Schutzsuchende erhalten keine Visa und müssen sich deshalb zwangsläufig auf gefährliche Wege und/oder in die Hände professioneller Fluchthelfer („Schleuser“) begeben. Zivile Seenotrettungsorganisationen sehen dem Sterben im Mittelmeer nicht tatenlos zu. Sie tun, was die Staatengemeinschaft der EU sträflich versäumt, sie retten Leben. Seenotrettung ist eine internationale Verpflichtung, der sich (eigentlich) niemand entziehen darf. Die Geretteten müssen zudem an einen sicheren Ort gebracht werden – in Libyen werden Geflüchtete gefangen gehalten, gefoltert, vergewaltigt, versklavt und getötet. Dennoch unterstützt die EU die libysche „Küstenwache“, um Geflüchtete auf ihrem Weg nach Europa zu stoppen und ins Elend zurückzubringen. Diese tödliche Abschottungspolitik lehnen wir ab. Die wichtige Arbeit der zivilen Seenotrettung muss stärker unterstützt und darf nicht behindert oder kriminalisiert werden, wie es insbesondere durch die rechte italienische Regierung geschieht. Erforderlich sind darüber hinaus sichere Fluchtwege für Schutzsuchende und eine staatlich organisierte zivile Seenotrettung. Völlig inakzeptabel sind illegale Pushbacks. Die griechische Küstenwache produziert sogar Seenotfälle, indem Geflüchtete in der Ägäis auf untauglichen Booten rechtswidrig zurückgeschickt werden.

## Was sagen die anderen?

**SPD, Grüne und FDP** haben die Seenotrettung mit einem geringen Millionenbetrag durch Haushaltsmittel unterstützt. **CDU/CSU** lehnen Seenotrettung als vermeintlichen „Pull-Faktor“ ab, die **AfD** spricht sogar von „Schleusern“. Nach den Vorstellungen der Rechten sollen Geflüchtete am besten bereits vor Erreichen des Mittelmeers „abgefangen“ oder nach einer „Rettung“ sofort wieder zurückgeschickt werden – durch diese Verhinderung der Flucht würden am Ende Leben gerettet, lautet die zynische Begründung.

## Unsere Gegenargumente

Menschen ertrinken zu lassen, ist keine diskutabile Option! Seenotrettung ist auch kein „Pull-Faktor“, das haben empirische Studien gezeigt. Die Menschen fliehen aus großer Not, vor Krieg, Verfolgung und elenden Verhältnissen. Statt Milliarden Euro in eine menschenrechtswidrige Abschottungspolitik zu investieren, sollten wir Schutzsuchende unkompliziert aufnehmen und ihnen faire Asylverfahren und die Chance eines Ankommens bieten.



**Reichtum  
umverteilen**

**Die Linke**

## Reichtum umverteilen, Milliardäre abschaffen!

Das Vermögen in Deutschland ist so ungerecht verteilt wie noch nie: Das reichste 1% besitzt mehr als ein Drittel des gesamten Vermögens, die reichsten 10% mehr als zwei Drittel. Die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. In den letzten 20 Jahren sind die 100 reichsten Deutschen um 460 Milliarden Euro reicher geworden. Seit der Corona-Krise hat sich die Zahl der Milliardäre mehr als verdoppelt. Doch der größte Teil der Deutschen hat nichts vom Vermögenszuwachs abbekommen. 40 Prozent der Deutschen besitzen kein oder kaum Vermögen.

Trotz der zunehmenden Ungerechtigkeit wird in Deutschland seit 1997 keine Vermögensteuer mehr erhoben – unter Mitwirkung vieler Lobby-Verbände wie „Die Familienunternehmer“ wurde sie von CDU und FDP ausgesetzt.

Wir wollen Vermögen und Erbschaften gerecht besteuern und die soziale Ungleichheit abbauen. Wir fordern die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Dafür braucht es nur eine einfache Mehrheit im Bundestag. Unser Konzept trifft die reichsten 2,5 Prozent: Vermögen oberhalb von 1 Million Euro (abzüglich Schulden) soll mit 1%, ab 50 Millionen Euro mit 5% und ab 1 Milliarde Euro mit 12% jährlich besteuert werden. Unser Ziel: Milliardäre abschaffen! Die Steuereinnahmen von 108 Milliarden im Jahr fließen direkt in die Länderkassen und können für dringend benötigte Lehrkräfte, Erzieher\*innen, Pflegekräfte und Bademeister\*innen genutzt werden. Die Superreichen geben ihr Vermögen oft steuerfrei über die Generationen weiter, ihre Macht verfestigt sich über Jahrzehnte. Wir wollen die Steuerschlupflöcher bei der Erbschaftsteuer schließen und besonders große Erbschaften stärker besteuern - selbstgenutztes Wohneigentum bleibt ausgenommen. Und wir verhindern, dass die Superreichen ihre Gewinne ins Ausland verschieben und durch dubiose Tricks Steuern umgehen.

### Was sagen die anderen?

Die **SPD** ist die einzige andere Partei mit einem konkreten Konzept. Sie will die Vermögensteuer ab einem Vermögen von 100 Millionen wieder einführen und unterstützt eine internationale Mindeststeuer für Milliardäre.

Die **Grünen** sind von ihrer Forderung nach einer Vermögensteuer abgerückt und nennen nur die Möglichkeit einer (globalen) Milliardärsteuer. Habeck hat diese gefordert, im WP findet sich aber kein konkreter Vorschlag.

Die **CDU/CSU** und **FDP** lehnen die Vermögensteuer ab. Ihrer Auffassung nach werden durch die Vermögensteuer Menschen „bestraft“, die sich etwas erarbeitet haben.

Das **BSW** tritt für eine Vermögensteuer für extrem große Vermögen ein, deren Grundstock nicht erarbeitet, sondern größtenteils geerbt ist. Wie das konkret aussieht ist unklar.

Die **AfD** will Vermögensteuer und Erbschaftsteuer abschaffen.

### Unsere Gegenargumente

Dass die FDP, CDU und AfD gegen die Vermögensteuer sind, zeigt, für wen sie Politik machen: Die Vermögenden und Superreichen. Die Linke macht dagegen Politik für die Mehrheit, für die 97,5 Prozent, die die Vermögensteuer nicht zahlen. Die Grünen und das BSW bleiben strategisch bewusst unverbindlich. Ohne konkretes Konzept sind sie in Regierungsverantwortung auch zu nichts verpflichtet. Die Forderung der SPD nach der Wiedereinführung der Vermögensteuer findet sich weder in der Arbeit von Olaf Scholz als Finanzminister (2018-2021) noch als Kanzler (2021-heute) wieder. Dass die SPD und die Grünen die Chance der Ampel-Regierung nicht genutzt haben, verdeutlicht, dass sie ihre Forderung nicht ernst meinen und bei kleinstem Gegenwind einknicken. Klar ist: Die Lobby lässt sich so nicht bekämpfen.

**Mietendeckel!**

**Die Linke**

Die Miete ist unter „Mietenkanzler Scholz“ in drei Jahren um 17% gestiegen. Nicht nur in den Städten, auch in vielen ländlichen Gebieten sind die Wohnkosten in den letzten Jahren stark gestiegen. Ein **bundesweiter Mietendeckel ist überfällig**, um die Explosion der Mieten zu stoppen. Mieterhöhungen müssen für die nächsten sechs Jahre ausgeschlossen werden und besonders hohe Mieten in überhitzten Wohnungsmärkten müssen abgesenkt werden. Eine große Mehrheit in Deutschland befürwortet einen Mietendeckel – nur die Immobilienlobby will weiter die Mieten erhöhen und setzt das in der Politik durch.

Die Mietpreisbremse der Regierung ist weitgehend wirkungslos: Um sie zu umgehen, wird jede dritte Wohnung in Großstädten mittlerweile möbliert angeboten. Die Ampel hat es nicht mal geschafft, die Mietpreisbremse zu verlängern. Die Bundesregierung hat nur ein Viertel der Sozialwohnungen gebaut, die sie versprochen hat – durch auslaufende Sozialbindungen werden es jedes Jahr weniger.

Wir wollen massiv in gemeinnützigem Wohnungsbau investieren. Gemeinnütziger Wohnungsbau ist nicht profitorientiert und hat bezahlbare Mieten zum Ziel. In Wien ist die Hälfte der Wohnungen gemeinnützig (1/4 Stadt Wien, 1/4 genossenschaftlich). Dort ist die Miete noch niedriger als in anderen Metropolen.

## Was sagen die anderen?

**Alle:** Ein Mietendeckel schafft keine neuen Wohnungen – deshalb müssen wir bauen, bauen, bauen.

**SPD und Grüne:** Setzen auf eine moderate Mietpreisbremse und Neubauprogramme.

**CDU/CSU und FDP:** Wollen den Wohnungsmarkt liberalisieren und setzen auf private Investoren sowie steuerliche Anreize für den Neubau.

**AfD:** Will Eigentum fördern und lehnt staatliche Eingriffe in den Wohnungsmarkt ab.

## Unsere Gegenargumente

„Bauen, bauen, bauen“ senkt die Miete nicht: Neue Wohnungen sind zu teuer, weil Immobilienkonzerne Profite machen. Eine neu gebaute 70 Quadratmeter Wohnung kostet im Schnitt 856 Euro – in Großstädten noch mehr. Wer soll sich das leisten können?! In Städten mit viel Zuzug braucht es gemeinnützigem Neubau und ein Recht auf Wohnungstausch ohne Mieterhöhung. Um Baukosten zu senken, können Regulierungen wie die Tiefgaragenpflicht oder übertriebener Schallschutz entfallen.

# **Pflege- vollversicherung**

**Die Linke**

## Pflegevollversicherung

Über 5 Millionen Menschen sind auf Leistungen der Pflegeversicherung angewiesen, davon über 700 000 in Pflegeheimen. Im Gegensatz zur Krankenversicherung müssen Menschen mit Pflegebedarf einen großen Anteil der notwendigen Kosten selbst tragen. 2024 betragen die selbst zu tragenden Kosten im Pflegeheim insgesamt durchschnittlich 2.783 Euro im Monat, davon 1.377 Euro für die pflegebedingten Kosten, 921 Euro für Unterkunft und Verpflegung und 485 Euro für Investitionskosten.

Wir wollen, dass die Pflegeversicherung die kompletten pflegebedingten Kosten übernimmt - sowohl im Heim als auch ambulant. Für die Investitionskosten sind nach dem Konsens, der 1995 zur Pflegeversicherung geführt hat, eigentlich die Länder verantwortlich, denn sie sparen sich die Sozialhilfe, die durch die Pflegeversicherung entlastet wird. Wir wollen, dass die Länder dieser Aufgabe zukünftig nachkommen. Das können sie sich leisten, wenn sie noch weiter von den Sozialhilfekosten entlastet werden. Nur die Kosten für Unterkunft und Verpflegung sollen nach unseren Vorstellungen die Menschen mit Pflegebedarf selbst zahlen müssen.

Die Abschaffung der pflegebedingten Eigenanteile kostet die Pflegeversicherung viel Geld. Die genaue Summe ist nicht bekannt, da unklar ist, wie viele Menschen derzeit Leistungen nicht in Anspruch nehmen, weil sie sich die Eigenanteile nicht leisten können. Durch die Solidarische Pflegeversicherung (auch Pflegebürgerversicherung genannt) ließe sich bei gleichem Beitragssatz in der Pflegeversicherung knapp ein Drittel (ca. 25 Mrd. Euro) Mehreinnahmen realisieren. Damit könnte zumindest ein großer Teil der Mehrkosten gestemmt werden.

### Was sagen die anderen?

Die **SPD** hat zwar schon vor Jahren einige Parteibeschlüsse zur Vollversicherung gefasst, aber noch überhaupt nichts in ihrer Regierungsverantwortung übernommen, was in diese Richtung gegangen wäre. Sofern sie anführt, Leistungsverbesserungen in der Ampel gemacht zu haben: Diese sind von der Teuerung in dieser Zeit mehr als aufgefressen worden.

Die **Grünen** treffen zu dem Thema keine Aussage, auch nicht im aktuellen Wahlprogramm.

Die **FDP** lehnt das ab, 76 Prozent der FDP-Anhänger\*innen sind aber dafür.

Die **CDU/CSU** lehnt das ab, 78 Prozent der CDU-Anhänger\*innen sind aber dafür.

Die **AfD** lehnt das ab.

### Unsere Gegenargumente

Die Pflegeversicherung übernimmt derzeit nur einen festen Euro-Betrag abhängig vom Pflegegrad. Den Rest muss man selbst zahlen. Die Kosten explodieren, immer mehr Menschen sind trotz Pflegeversicherung auf die Sozialhilfe angewiesen. Die Pflegeversicherung verliert so ihre Legitimation.

Auch in der ambulanten Pflege brauchen wir eine Vollversicherung, denn derzeit decken die Zahlungen nicht die Kosten. Entweder man zahlt selbst drauf oder Angehörige müssen diese Aufgabe für lau übernehmen. Übrigens: 82 Prozent der Bevölkerung sind für die Vollversicherung!

# **Krankenhaus- reform**

**Die Linke**

Die Mehrzahl der Krankenhäuser schreibt rote Zahlen, die Prognose ist düster. Es fehlen seit Jahrzehnten jedes Jahr einige Milliarden Euro an Investitionsmitteln, für die die Länder zuständig sind. Die Krankenhäuser gleichen die Lücken aus den für die Versorgung vorgesehenen Geldern aus – das verschärft den Notstand beim Personal. Lauterbachs Krankenhausreform sieht ab 2026 Gelder aus dem Transformationsfonds vor, aber nur für Schließungen, nicht zur Behebung des Investitionsstaus. Die Versorgung wird also nicht besser. Ab 2029 bekommen die Krankenhäuser eine „Vorhaltepauschale“. Sie wird bemisst sich in Höhe von 60% der in den Vorjahren erbrachten Fälle – das deckt nicht die Vorhaltekosten (ca. 75 Prozent). Die übrigen 40 Prozent werden wie bisher über die DRGs finanziert. Von der versprochenen „Entökonomisierung“ keine Spur, die Krankenhäuser werden weiter versuchen, Fallzahlen hochzutreiben. Kein Wunder: Ausgesprochenes Ziel der Reform ist, dass Krankenhäuser aus wirtschaftlichen Gründen schließen müssen.

Wir fordern die Abschaffung der „Fallpauschalen“ (DRGs). Stattdessen sollen die Krankenhäuser die Kosten der notwendigen Behandlungen erstattet bekommen (Selbstkostendeckungsprinzip). Dann könnten Krankenhäuser keine Gewinne oder Verluste machen. Das wäre gut für die Versorgung: Es gäbe keinen Anreiz zu unnötigen Behandlungen, keine Schließung von Stationen oder Krankenhäusern aus Kostengründen und private Krankenhauskonzerne könnten sich nicht an Versichertengeldern bereichern: Krankenhäuser, die keine Gewinne machen können, sind für private, gewinnorientierte Träger oder die Börse uninteressant. Das Selbstkostendeckungsprinzip ist eine Voraussetzung, um die Krankenhauslandschaft wieder in Öffentliche Hand zu bringen. Damit nicht der Markt entscheidet, wo ein Krankenhaus mit welchen Abteilungen steht, sondern der Bedarf.

## Was sagen die anderen?

Die **SPD** redet zwar von „Entökonomisierung“, die mit der Krankenhausreform erreicht würde; sie machen das Gegenteil: Der Markt soll zu weiteren Schließungen führen.

**Die Grünen** schreiben im Wahlprogramm wenig, aber dass sie auch die Privatversicherung an den Kosten der Krankenhausreform beteiligen wollen. Im Oktober haben sie im Bundestag noch das Gegenteil beschlossen.

Die **FDP** will die Kostenentwicklung bremsen und Personal entlasten. Wie das beides zusammen funktionieren soll?

Die **CDU/CSU** schreibt, sie will den „kalten Strukturwandel verhindern“. Wie, schreibt sie nicht.

Die **AfD** ist irgendwie gegen DRGs, hat aber auch keine klare Alternative.

Das **BSW** will Privatisierungen stoppen und lehnt DRGs ab, hat aber weder ein Konzept zur Rekommunalisierung noch eines zur Finanzierung. Also nur gegen alles.

## Unsere Gegenargumente

Über 75 Prozent der Bevölkerung wollen, dass privatisierte Krankenhäuser wieder in kommunale Trägerschaft überführt werden (Civey, 09.01.25). Alle diese Bürger\*innen sind weder von Union, SPD, Grünen, FDP oder AfD repräsentiert.

Der Bund soll die Länder bei den Krankenhausinvestitionen unterstützen: Für jeden zusätzlichen Euro der Länder soll der Bund einen drauflegen. Ohne Anreiz passiert da sonst nichts. Und: Die Vermögensteuer würde in die Kassen der Länder gehen, dann hätten sie mehr Mittel für Investitionen.